



Flexibilisierung der Arbeit bedeutet Lohndumping

Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 10. September 2012

"Die von der Bundesregierung verfolgte Politik der Flexibilisierung der Arbeit ist im Wesentlichen ein Instrument zur Senkung der Einkommen. Diese Kritik der LINKEN wird durch die heute vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen bestätigt", kommentiert Jutta Krellmann, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Arbeit und Mitbestimmung, die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Verdienststrukturerhebung. Krellmann weiter:

"Ein großer Teil der Niedriglohnjobs findet sich im wachsenden Bereich der atypischen Beschäftigung. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse wieder Vorfahrt gegenüber atypischer Beschäftigung bekommen. Wir fordern deshalb eine Re-Regulierung des Arbeitsmarktes, die eine stärkere gesetzliche Einschränkung von Befristungen ebenso beinhaltet wie ein Verbot von Leiharbeit und eine strikte Begrenzung von Werkverträgen. Die offizielle Festlegung der amtlichen Niedriglohnschwelle für das Jahr 2010 auf 10,36 Euro bestätigt zudem unsere

Einschätzung, dass die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro in der Stunde als Sofortmaßnahme nicht nur dringend geboten sondern auch möglich ist."